

1 Erklärung des Parteivorstandes der Christlich-Sozialen Union

2 **75 Jahre Grundgesetz: Unsere Demokratie und Freiheit verteidigen!**

3
4 Am 23. Mai 2024 wird unser Grundgesetz 75 Jahre alt. 75 Jahre Frieden, Freiheit,
5 Rechtsstaat, Föderalismus und Demokratie in Deutschland. Das ist Erfolg und
6 Verpflichtung zugleich. Das Erreichte feiern und auch für die Zukunft verteidigen: Das
7 ist der Auftrag jedes Einzelnen, das ist der Auftrag der Christlich-Sozialen Union.

8
9 In allen westlichen Gesellschaften nehmen Fragmentierung und Polarisierung unter
10 dem Druck des Wandels zu. So auch bei uns in Deutschland. Die offene Gesellschaft
11 ist bedroht. Wir treten entschieden für die freiheitlich-demokratische Grundordnung
12 ein. Sie führt die Staatsgewalt auf die politische Freiheit der Staatsbürger zurück. Der
13 Staat muss sich gegenüber denen behaupten, die seine Grundordnung hintertreiben
14 oder beseitigen wollen. Deshalb gilt es, jede Form von Extremismus gleichermaßen
15 entschlossen zu bekämpfen – von links wie von rechts, ebenso wie jede Art von
16 religiösem Extremismus, Verschwörungstheorien oder ausländischer Einflussnahme.
17 Insbesondere gegenüber unseren jüdischen Mitbürgern stehen wir dabei in
18 besonderer Verantwortung. Wir stehen entschlossen gegen jegliche Form von
19 Antisemitismus ein. Die jüdische Gemeinde kann sich auf unseren Schutz und unsere
20 Unterstützung verlassen.

21
22 Wir sind der Überzeugung: Die repräsentative Demokratie gibt den gesellschaftlichen
23 Aushandlungsprozessen und dem notwendigen Ausgleich der Interessen Struktur
24 und Legitimität. Sie gilt es zu verteidigen. Deshalb ist klar: Wer diejenigen angreift,
25 die von der Kommune über Land und Bund bis hin nach Europa Verantwortung
26 übernehmen, der greift uns alle an. Hier muss der Rechtsstaat mit voller Härte
27 durchgreifen. Unsere Demokratie muss wehrhaft sein.

28
29 **1. Ausländischer Einflussnahme entschlossen begegnen.** Immer ausgefeiltere
30 Maßnahmen der Meinungsbeeinflussung durch ausländische Akteure,
31 insbesondere in den sozialen Medien, aber auch durch Cyberattacken und
32 Spionage, gefährden unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es wird
33 versucht, das Vertrauen der Bürger in unseren Staat und seine Institutionen zu
34 untergraben und die Gesellschaft zu spalten. Zudem macht die Einflussnahme
35 auch nicht vor Parteien – die grundgesetzlich verankert Teil der politischen
36 Willensbildung sind – halt. Die AfD vertritt die Interessen fremder Mächte,
37 deren Ziel ein geschwächtes Deutschland ist. All dem müssen wir entschlossen
38 entgegentreten – mit allen Mitteln des Rechtsstaats, mit schlagkräftigen
39 Sicherheitsbehörden und der Zivilcourage der aktiven Bürgergesellschaft.

40
41 **2. Rechtsextremismus konsequent bekämpfen.** Der Rechtsextremismus bedroht
42 unsere innere Sicherheit, versucht unser Land zu destabilisieren und unsere
43 liberal-demokratische Ordnung anzugreifen. Der Kampf gegen diese
44 menschenverachtende Ideologie ist historischer Auftrag und aktueller denn je.

45 Dabei gilt es, nicht nur Reichsbürger und Selbstverwalter in den Blick zu
46 nehmen, sondern insbesondere die AfD. Sie sät nicht nur Misstrauen in die
47 Verfassung und ihre Organe, sie verbreitet Rassismus und agiert in Teilen als
48 Instrument ausländischer Staaten. Die selbsternannten Patrioten haben kein
49 Interesse an einem starken Deutschland, ganz im Gegenteil: Sie wollen unser
50 Land schwächen und daraus politischen Profit schlagen. Die AfD ist in weiten
51 Teilen verfassungsfeindlich. Deshalb ist klar: Die Brandmauer gegen die
52 Rechtsextremen steht. Keine Zusammenarbeit mit der AfD. Klar zeigt sich aber
53 auch: Die alleinige Brandmarkung der AfD als rechtsextrem reicht nicht aus,
54 um sie wieder klein zu kriegen. Wir müssen die AfD politisch bekämpfen, wir
55 müssen sie inhaltlich stellen und wir müssen dafür Sorge tragen, dass unsere
56 Behörden alle Mittel zur Verfügung haben, um unsere Demokratie vor den
57 Extremisten zu schützen.

58

59 **3. Linksextremismus nicht verharmlosen.** Nicht nur der Rechtsextremismus
60 gefährdet unsere Demokratie und unser friedliches Zusammenleben, auch
61 linksextreme Kräfte stellen eine Gefahr dar. Anschläge auf die kritische
62 Infrastruktur, Gewalt gegen Personen als Mittel der Auseinandersetzung mit
63 dem politischen Gegner und Einschüchterungsversuche an deutschen
64 Universitäten, mit denen durch aggressive Anfeindungen pro-israelische
65 Meinungen unterdrückt werden sollen, stellen unsere freiheitlich-
66 demokratische Grundordnung in Frage. Klar ist: Die wehrhafte Demokratie
67 darf auf keinem Auge blind sein. Der Staat muss sein Gewaltmonopol
68 durchsetzen und darf keine rechtsfreien Räume zulassen. Der Nichtvollzug von
69 Recht und Gesetz untergräbt das Vertrauen der Bürger in den Staat, mindert
70 die Lebensqualität, bestraft Rechtstreue und belohnt Rechtsverstöße.

71

72 **4. In Deutschland ist kein Platz für radikalen Islamismus.** Wir respektieren
73 andere Kulturen, aber fordern Bereitschaft zur Integration. Integration heißt
74 Miteinander auf der Basis unserer Werte: Freiheit, Menschenwürde,
75 Menschenrechte, Herrschaft des Rechtsstaats, Gleichberechtigung von Mann
76 und Frau, Nächstenliebe, Toleranz, Trennung von Staat und Kirche. All das
77 lehnt der radikale Islam ab. Toleranz darf nicht mit Wegschauen gegenüber
78 Intoleranz verwechselt werden. Parallelgesellschaften haben bei uns keinen
79 Platz. In Deutschland gilt das Grundgesetz, nicht die Scharia. Deshalb gilt es,
80 das Strafrecht im Falle der Forderung nach einer Abschaffung der freiheitlich-
81 demokratischen Grundordnung zu verschärfen, Vereine und Vereinigungen
82 des radikalen Islams konsequent zu verfolgen und zu verbieten, Islamisten –
83 wo immer es möglich ist – konsequent abzuschieben und ihnen bei doppelter
84 Staatsbürgerschaft den deutschen Pass zu entziehen.

85

86 **5. Lebensnahe Politik gestalten, Meinungspluralismus leben.** Extremismus
87 bekämpft man nicht mit einem einseitigen Demokratiefördergesetz, das links-
88 grüne Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit Steuergeld versorgt, ohne

89 dass diese Organisationen sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung
90 bekennen müssen. Der Staat darf selbst nicht zum Akteur im politischen
91 Meinungskampf werden, auch nicht über den Umweg über von ihm
92 finanzierte Einrichtungen und NGOs. Stattdessen muss der Rechtsstaat hart
93 durchgreifen und die Politik auch durch konkrete Lösungen für lebensnahe
94 Probleme zeigen: Der Staat kann Herausforderungen begegnen und Dinge
95 zum Besseren verändern. Dazu gehört – neben der klaren Abgrenzung
96 gegenüber Rechtsextremen – bürgerlich-konservative und mitte-rechts
97 Meinungen als demokratisch anzuerkennen, statt sie undifferenziert als
98 rechtsextrem zu brandmarken. Denn das Allgemeinwohl ist nicht das Wohl der
99 lautesten Minderheit. Deren vermeintlich bessere Moral steht nicht über der
100 Demokratie. Aufgabe des Staates ist es, für einen gerechten Ausgleich der
101 Interessen zu sorgen. Im Allgemeinwohl und in der politischen
102 Prioritätensetzung müssen sich auch die Interessen der Mehrheitsgesellschaft
103 widerspiegeln.

104
105 Unser Auftrag ist es, jedweden extremen Positionen unsere auf christlichen
106 Werten basierende, bürgerlich-konservative, freiheitliche Haltung
107 entgegenzusetzen und aus ihr Politik zu begründen. Es gilt, unsere Demokratie
108 und unser Grundgesetz gegen alle Bedrohungen entschlossen zu verteidigen.